

---

## FORUM: Die Arbeit und ihre Zukunft

---

### Warnfried Dettling: Jenseits von Arbeit\*

*Dr. Warnfried Dettling, geb. 1943 in Kuppenheim, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Klassischen Philologie in Würzburg, Freiburg und London, lebt und arbeitet als freier Publizist in München und Primmersdorf (Niederösterreich)*

---

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts lassen sich zwei Phasen unterscheiden. Die Jahre zwischen 1950 und 1975 haben ein beständiges Wachstum von Wohlstand, Wohlfahrt und sozialer Inklusion durch Arbeit (Vollbeschäftigung) gesehen. Mitte der siebziger Jahre hat sich dann die Arbeitslosigkeit in kurzer Zeit verdoppelt und die Millionengrenze überschritten. Danach hat es wiederum fast ein Vierteljahrhundert gedauert, bis Staat, Wirtschaft und Gesellschaft langsam gelernt haben, dass dies kein vorübergehender Zustand ist. Diesen kollektiven Lernprozess konnte man auch daran ablesen, dass die Hoffnungen, Rituale und Ängste, welche die steigende Arbeitslosigkeit all die Jahre begleitet haben, langsam leiser geworden sind. Am Anfang zeigten sich viele besorgt, ob die zweite deutsche Demokratie auf Dauer eine, zwei, drei, vier Millionen Arbeitslose werde aushalten können. Noch vor kurzem war, wenigstens in der politischen Rhetorik, die Hoffnung selbstverständlich, dass es mit neoliberalen und/oder sozialdemokratischen Methoden gelingen könnte, eine „Trendwende am Arbeitsmarkt“ herbeizuführen und wieder „Arbeit für alle“ zu schaffen. Der französische Präsident Mitterand war wohl einer der Ersten, der gegen Ende seiner Amtszeit die neue Erfahrung auf die kurze Formel brachte: „Wir haben alles versucht. Nichts hat geholfen.“

In einer solchen Lage ist es vielleicht an der Zeit, die Debatte über die Arbeit und ihre Zukunft auch einmal neu und anders aufzurollen. Was ist eigentlich so schlimm an der Befreiung der Menschen von falscher Arbeit, also von Arbeit, die genau so gut oder besser von Maschinen gemacht werden könnte? Was ist eigentlich so schlimm an einer Entwicklung, die den Menschen weniger Zeit für Arbeit abzwängt und ihnen dafür mehr Zeit lässt für andere Tätigkeiten? Solche Entwicklungen sind dann (und nur dann)

\* Im Frühjahr 1998 ist von Warnfried Dettling erschienen: „Wirtschaftskummerland? Wege aus der Globalisierungsfalle“ (Kindler Verlag München).

schlimm, wenn sich die Menschen und die Gesellschaft auf nichts anderes (als auf Arbeit) verstehen. Wenn an der Arbeit alles hängt, was ihnen und der Gesellschaft wichtig und wertvoll ist: das materielle Ein- und Auskommen; der soziale Respekt und die soziale Sicherheit; der Sinn des Lebens, das Selbstwertgefühl des einzelnen und die Stabilität des Ganzen. Wenn die einen alle Arbeit und Sicherheit haben und die anderen keine. Und vor allem: Wenn die Menschen keine Wahl haben. Wenn ... dann. Die Eintrittswahrscheinlichkeiten all dieser schlimmen Zustände sind aber, in Grenzen jedenfalls, politisch gestaltbar und kulturell veränderbar. Ob der Ausgang der Menschen aus der kollektiv selbst verschuldeten, wenn auch so nicht gewollten Arbeitslosigkeit ein Übergang in eine andere und bessere Gesellschaft oder, für viele jedenfalls, ein Absturz in einen sozialen Abgrund darstellt, das dürfte nicht so sehr an den objektiven Entwicklungen, sondern mehr noch an den politischen und gesellschaftlichen (Nicht-) Reaktionen auf die Veränderungen hängen. Dazu einige Fragen und Anregungen:

Die erste These betrifft die *kulturelle Dimension*: Die industrielle Arbeitsgesellschaft, die das Leben der Menschen und den sozialen Zusammenhang um die Erwerbsarbeit herum organisiert hat, war eine historische Ausnahmeerscheinung, und sie war nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine kulturelle, ja eine quasi-religiöse Veranstaltung ersten Ranges: die Arbeit als Beruf und der Beruf als Berufung, dem man alles unterordnete und an dem man alles festmachte. Die nachindustrielle wird „wieder“ manche Muster und Merkmale der vorindustriellen Gesellschaft sehen (zum Beispiel neue Mischungen von und fließende Grenzen zwischen Haupt- und Nebenerwerben; den neuen Selbständigen, der sein eigener Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist; der Ausbruch aus den großen Anstalten, in denen die Menschen gearbeitet, gelernt, ihre alten Tage zugebracht haben), aber diese neuen und „alten“ Muster werden auf einem technisch, wissenschaftlich und sozial viel komplexeren, anspruchsvolleren und ausdifferenzierteren Niveau kommen. Der Übergang in die neue Gesellschaft, wie immer man sie nennen mag, erfordert nicht nur (das auch) soziale, ökonomische, technische und andere Reformmaßnahmen, sondern vor allem mentale und kulturelle Anstrengungen, die durch den sozialen Wandel teils erzwungen, teils ermöglicht werden. Es wird eine andere soziale Kultur, eine andere Zivilisation sein.

Die zweite Frage betrifft die *normative Dimension*, eine elementare Frage der klassischen Politik: Was ist ein gutes Leben, was eine gute Gesellschaft? Vielleicht könnte man antworten: eine gesellschaftliche Ordnung, die niemanden ausgrenzt (auch wenn er keine Arbeit hat). Eine Gesellschaft, in die jeder die Fülle seiner Anlagen und Anliegen einbringen kann, durch Arbeit und durch andere Tätigkeiten. Das aber setzt voraus, dass möglichst viele gesellschaftliche Spiele zugelassen und anerkannt werden und dass die Zugänge und Übergänge frei bleiben, immer wieder frei gemacht werden. Das ist durchaus kein neuer Gedanke, er hat eine lange, aber in der industriellen Erwerbskultur verschüttete Tradition. Aristoteles unterschied bekannt-

lich verschiedene Arten von menschlichen Tätigkeiten: das Herstellen und Produzieren von Dingen und Gütern; das soziale und politische Handeln und schließlich theoretische und wissenschaftliche Anstrengungen. In der benediktinischen Regel heißt es: Ora et lege et labora - bete und lese und arbeite. In eine moderne säkulare Sprache übertragen könnte man sagen, dass es Menschen dann gut geht, wenn sie Zeit und Muße und Möglichkeiten haben, Über sich und ihr Leben nachzudenken, sich sozial und politisch zu engagieren, sich (immer wieder) zu bilden und eben zu arbeiten. Es war dies ein aristokratisches Ideal, das früher nur wenigen zuteil wurde und fast durchweg auf Kosten anderer (Sklaven, Frauen) ausgelebt wurde. Was müsste geschehen, so könnte die erkenntnis- und politikleitende Frage lauten, damit daraus ein republikanisches Ideal wird? Was müsste geschehen, damit die alten Privilegien der Wenigen zu neuen Chancen der vielen, also demokratisiert und gerechter verteilt werden: Über verschiedene Phasen des individuellen Lebens, zwischen den Geschlechtern, über die gesamte Gesellschaft? Dieser idealistische Vorgriff auf eine Zukunft jenseits der Arbeit wird aber erst denkbar und möglich, wenn diese entmythologisiert wird, wenn man damit aufhört, die untergehende Arbeitsgesellschaft noch nachträglich heilig zu sprechen. Die Gesellschaft, die wir verlassen, war nicht die beste aller Welten, und die künftige muss keineswegs schlechter werden.

Der dritte Hinweis gilt der politischen Dimension: Die Perspektive, die hier skizziert wird, erfordert einige harte politische Entscheidungen. Verteilungspolitische Fragen werden wieder auf die Tagesordnung der Politik zurückkehren, aber in einem neuen und umfassenden Sinne: nicht nur als Umverteilung „von den nicht ganz Reichen zu den nicht ganz Armen“, wie der real existierende Sozialstaat einmal beschrieben wurde, sondern als grundsätzliches Problem: Wie wird der ökonomische Reichtum der Nation, der ja auch und gerade in den Zeiten der Globalisierung und der Digitalisierung weiter wachsen wird, „verteilt“ in einer Weise, dass er auch jenen Zeiten des Lebens, jenen gesellschaftlichen Bereichen, jenen Individuen und Gruppen zugute kommt, die nicht (immer) an der Wertschöpfung durch Arbeit, Wissen, Kapital teilnehmen können und sollen? Und es stellt sich neu eine andere Verteilungsfrage: Wie lässt sich verhindern, dass die einen immer drin und die anderen immer draußen sind, dass die einen alle Sicherheiten und die anderen keine haben, dass zum Beispiel die einen lebenslanglich verbeamtete Lehrer und die anderen, genau so qualifiziert, niemals auch nur zeitweise Lehrer werden? Wäre eine (Personal-)Politik, die stärker in Zeitverträgen denkt und danach Chancen lässt für andere und anderes: wäre das Sozialabbau oder ein Beitrag zur Chancengerechtigkeit? Wie könnte eine neue Verteilung von Sicherheiten aussehen, die mehr Freiheiten möglich macht, nicht durch eine schematische Arbeitszeitverkürzung, sondern etwa durch eine bessere soziale Absicherung von Teilzeit? über eine Gesellschaft „jenseits der Arbeit“ nachzudenken, bedeutet nicht, die Gestaltungs- und Entfaltungsmöglichkeiten in der Arbeit(swelt) gering zu achten und hier nach Wegen zu suchen, möglichst alle auch an Arbeit teilhaben zu lassen.

Die vierte Frage gilt der Wahrscheinlichkeit eines neuen Reformbündnisses. Die industrielle Revolution hat vor gut hundert Jahren eine unwahrscheinliche Reformkoalition hervorgebracht, der es gelungen ist, den Kapitalismus zu zivilisieren: ein Bündnis aus mutigen und aufgeklärten Führern der Arbeiterbewegung, die die Beschlusslage ihrer Partei und Gewerkschaft transzendiert haben, aus vernünftigen Unternehmern und Kapitalisten, die gegen ihre Klassenlage gehandelt haben, aus sozial aktiven Reformpolitikern und -beamten, die sich nicht nur ihren Standesinteressen, sondern einer Idee vom Gemeinwohl verpflichtet fühlten. Das Werk, das opus magnum dieser Reformkoalition konnte sich sehen lassen: der moderne Sozialstaat, das deutsche, das europäische Modell. Ist ein vergleichbares Reformbündnis heute und morgen möglich? Wer verhindert es? Was macht es wahrscheinlicher? Es ist dies die Frage, ob die einen Solidarität überhaupt noch brauchen und wollen; Ob die anderen zu einer Rekonstruktion des Sozialstaates, was ja immer auch eine Art Erneuerung des linken Projektes in veränderter Zeit wäre, überhaupt fähig, mutig und willens sind oder es sich lieber in ihren alten Orthodoxien bequem machen; und nicht zuletzt, ob der Dritte im Bunde, die Politik, der Erste sein und seine aktive Rolle wieder finden wird.

Die fünfte Bemerkung thematisiert den politisch-konzeptionellen Bezugsrahmen, in dem Reformen gedacht und gemacht werden können. Die Suche nach einem archimedischen Punkt hat gewiss ihre Tücken, aber ebenso gewiss scheint, dass die Misere der Politik auch darauf zurückzuführen ist, dass vorschnell Teile für das Ganze genommen und mit politischen Heilserwartungen beladen werden, heißen sie nun Staat, Markt oder Arbeit. Ohne einen Punkt außerhalb all dieser Teilordnungen zu beziehen, wird es wohl kaum möglich sein, in und zwischen diesen Teilordnungen die notwendigen Veränderungen zu denken und zu gestalten. Die klassische politische Theorie hat diesen ursprünglichen Ausgangspunkt der Politik in dem Menschen als einem auf die Gemeinschaft angelegtes und angewiesenes Wesen gefunden: der einzelne und einzigartige Mensch, nicht als Individuum, sondern in seinen verschiedenen sozialen Bezügen. In einer etwas moderneren Sprache: Diesseits und jenseits von Arbeit braucht eine erfolgreiche Gesellschaft, soll es den Menschen gut gehen, die sichtbare Hand des Staates, die unsichtbare Hand des Marktes - und die vielen sichtbaren und unsichtbaren Hände von Menschen in einer sozial aktiven Bürgergesellschaft.